



Frankreich versteht sich seit der Revolution als politische Nation. Kaum ein anderes Land misst der öffentlichen Debatte, dem Streit über Macht, Staat und Republik eine vergleichbare Bedeutung bei. Umso schwerer wiegt die Diagnose, die aus der jüngsten Untersuchung des **Cevipof** hervorgeht: Nur noch gut jeder fünfte Bürger bringt der Politik Vertrauen entgegen. Die Zahl markiert keinen Ausreißer, sondern einen Tiefpunkt einer seit Jahren anhaltenden Erosion.

Es wäre zu bequem, diesen Befund als Ausdruck französischer Nörgelei abzutun. Skepsis gegenüber der politischen Klasse gehört zwar zur republikanischen Tradition des Landes. Doch was sich derzeit zeigt, ist mehr als Misstrauen aus Gewohnheit. Es ist die wachsende Überzeugung, dass politische Entscheidungen nicht mehr im Einklang mit den Erwartungen, Erfahrungen und Lebensrealitäten großer Teile der Bevölkerung stehen.

Der lange Abschied vom Vertrauen

Frankreich hatte nie skandinavische Vertrauenswerte. Aber über Jahrzehnte existierte ein stillschweigender Vertrag zwischen Regierenden und Regierten: Auch wenn man Politikern misstraute, erkannte man die Institutionen an. Dieser Konsens bröckelt. Parteien, Parlament, Regierung – sie alle verlieren an Autorität. Selbst das Präsidentenamt, Herzstück der Fünften Republik, ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen.

Die Ursachen liegen tiefer als in tagespolitischen Entscheidungen. Globalisierung, technokratische Politikstile und soziale Polarisierung haben das Gefühl verstärkt, dass Macht sich entzieht. Entscheidungen erscheinen alternativlos, komplex, fern. Politik wirkt weniger gestaltend als verwaltend – und damit für viele entzaubert.

Das Macron-Paradox

Die Präsidentschaft von **Emmanuel Macron** verkörpert dieses Spannungsverhältnis exemplarisch. 2017 trat er an, um das politische System zu erneuern, jenseits der alten Parteiapparate. Tatsächlich hat er Reformen angestoßen, die lange als überfällig galten. Doch der Preis war hoch.

Die Durchsetzung zentraler Vorhaben – allen voran der Rentenreform – hat bei vielen den Eindruck verfestigt, Politik werde im Modus der Exekutive betrieben. Legalität ersetze Legitimität. In einer Demokratie genügt das selten. Vertrauen entsteht nicht allein durch Ergebnisse, sondern durch Verfahren. Wer sich übergangen fühlt, zieht sich innerlich zurück.



Repräsentation ohne Resonanz

Hinzu kommt eine strukturelle Krise der politischen Vermittlung. Die traditionellen Volksparteien sind geschrumpft, neue Bewegungen entstanden, doch stabile Bindungen fehlen. Politik ist personalisiert, fragmentiert, volatil. Für viele Bürger gibt es keine politische Heimat mehr, sondern nur noch temporäre Zweckbündnisse.

Besonders deutlich zeigt sich dies außerhalb der Metropolen. Dort, wo soziale Aufstiegschancen begrenzt sind und staatliche Präsenz als abstrakt empfunden wird, schlägt Entfremdung schnell in Ablehnung um. Die Gelbwesten waren kein Betriebsunfall, sondern ein Symptom.

Die systemische Gefahr

Vertrauensverlust ist kein rein psychologisches Problem. Er verändert das Funktionieren der Demokratie. Wahlenthaltung steigt, Reformen werden blockiert, politische Extreme gewinnen an Attraktivität. Wer nichts mehr erwartet, ist anfällig für jene, die einfache Antworten versprechen und das „System“ zum Gegner erklären.

Frankreich ist damit kein Sonderfall, aber ein besonders ausgeprägter. Die starke Zentralisierung des Staates, die Machtfülle des Präsidenten, die geringe Rolle intermediärer Institutionen – all das verschärft das Gefühl politischer Distanz. Effizienz wird mitunter mit Teilhabe verwechselt.

Demokratie ohne Illusionen

Noch trägt die französische Demokratie. Institutionen funktionieren, Wahlen sind frei, Protest ist Teil der politischen Kultur. Doch Stabilität darf nicht mit Zustimmung verwechselt werden. Eine Republik lebt nicht allein von Verfassungen, sondern vom Glauben der Bürger, dass ihre Stimme zählt.

Die eigentliche Herausforderung der kommenden Jahre liegt daher nicht in der nächsten Reform, sondern in der Frage politischer Einbindung. Transparenz, echte Debatte und das ernsthafte Ringen um gesellschaftliche Kompromisse wären ein Anfang. Vertrauen lässt sich nicht verordnen. Es entsteht dort, wo Macht erklärbar, korrigierbar und nahbar bleibt.

Frankreich steht nicht vor dem Ende seiner Demokratie. Aber vor der Entscheidung, ob sie



Vertrauenskrise in der französischen Demokratie: Wenn das politische Band reißt

weiter als gemeinsames Projekt verstanden wird – oder nur noch als institutionelles Gerüst ohne emotionale Bindung.

Autor: P. Tiko